Bürgerenergie im Revier:
Status quo & Perspektiven

Dajana Auerswald, Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS)[1]
Sina Diersch, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie[2]
Emily Drewing, ehem. Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS)[3]
Kyra Erfkamp, Bergische Universität Wuppertal[4]
Leander Goecke, Bergische Universität Wuppertal[5]
Jan Kaselofsky, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie[6]
Yağmur Özdemir, Bergische Universität Wuppertal[7]
Dorian Pass, Bergische Universität Wuppertal[8]
Dr. Jörg Radtke, Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS)[9]
Prof. Dr. Detlef Sack, Bergische Universität Wuppertal[10]
Dr. Steven Salecki, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung[11]

Empfohlene Zitierweise: Auerswald, Dajana; Diersch, Sina; Drewing, Emily; Erfkamp, Kyra; Goecke, Leander; Kaselofsky, Jan; Özdemir, Yağmur; Pass, Dorian; Radtke, Jörg; Sack, Detlef und Salecki, Steven (2026): Bürgerenergie im Revier: Status quo und Perspektiven. Hrsg.: Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF).

Zusammenfassung
Bürgerenergie ist zentral für eine demokratische Energiewende. Dieser Beitrag zeigt am Beispiel der Strukturwandelregionen Rheinisches Revier und Lausitz, wie Energiegenossenschaften entstehen, welche Potenziale sie entfalten und welche Hürden ihre Entwicklung prägen können. Hierfür wird zunächst die Entwicklung von Energiegenossenschaften in den beiden Regionen nachgezeichnet und auf relevante Wachstumsfaktoren eingegangen. Anschließend stellen wir eine ökonomische Potenzialanalyse für die beiden Reviere vor, um dann verschiedene Analysen zu vorherrschenden Einstellungen und Wahrnehmungen der Bürgerenergie darzulegen. Den Abschluss bilden eine zusammenfassende SWOT-Analyse sowie unser Fazit, dass Bürgerenergieprojekte unter anderem von einer höheren Sichtbarkeit, einer Stärkung von Intermediären, institutionellen Unterstützungsangeboten und regulatorischer Klarheit profitieren würden.

Schlagworte: Energiegenossenschaften, Bürgerenergie, Energiewende, Strukturwandel, Rheinisches Revier, Lausitz

Abstract
Citizen commitment is a key factor for the democratic energy transition. This paper focusses on two German regions affected by structural change and shows how energy cooperatives are established, what potential they have and what obstacles they face both in the Rhenish Mining District and Lusatia. We first demonstrate the development of community energy in the two regions and explain relevant factors of growth. We then present our economic potential analysis as well as our key findings about perceptual patterns and opinions concerning community energy, based on narrative analyses, a public opinion poll, interviews and a deliberative mini public. We conclude with a SWOT analysis that summarizes our previous research and show that community energy could profit from an increased visibility, strengthened intermediaries, unambiguous regulations and institutional support structures.

Keywords: citizen commitment, community energy, energy cooperations, structural change, energy transition, Rhenish Mining District, Lusatia

[1] dajana.auerswald@rifs-potsdam.de
[2] sina.diersch@wupperinst.org
[3] emily.drewing@uol.de
[4] erfkamp@uni-wuppertal.de
[5] goecke@uni-wuppertal.de
[6] jan.kaselofsky@wupperinst.org
[7] yagmur.oezdemir@uni-wuppertal.de
[8] dorian.pass-hk@uni-wuppertal.de
[9] jra@gfz.de
[10] detlef.sack@uni-wuppertal.de
[11] steven.salecki@ioew.de

INHALT

1. EINFÜHRUNG 2
2. HINTERGRUND: ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN UND KOHLEREVIERE 2
3. ÖKONOMISCHE POTENZIALANALYSE 7
4. EINSTELLUNGEN UND WAHRNEHMUNGSMUSTER 8
5. ZUSAMMENFÜHRUNG: SWOT-ANALYSE 12
6. REFLEXION UND FAZIT 15
LITERATUR 19

1. EINFÜHRUNG

Ehemalige Kohleregionen wie das Rheinische Revier und die Lausitz sind großen strukturellen Veränderungsprozessen unterworfen, die nicht zuletzt durch die Klimaschutzziele und die damit einhergehende Energiewende vorangetrieben werden. Für diesen Strukturwandel spielen Bürgerenergieprojekte eine Schlüsselrolle: Sie ermöglichen beispielsweise in Form von Energiegenossenschaften eine wirtschaftliche wie auch politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende und den Veränderungsprozessen vor Ort. Vor diesem Hintergrund verfolgte das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Forschungsprojekt „BE:ST – Bürger-Energie: Strukturstärkung und Teilhabe“ die Fragestellung, welchen Beitrag Bürgerenergieprojekte wie Energiegenossenschaften zur Energiewende in Strukturwandelregionen leisten können. Die Studie basiert auf einem Mixed-Method-Design.

Unter Bürgerenergie werden hier Projekte verstanden, bei denen Bürger:innen bzw. lokale Akteure finanziell, organisatorisch oder eigentumsbezogen an der Erzeugung, Nutzung oder Steuerung erneuerbarer Energien beteiligt sind; Energiegenossenschaften bilden dabei eine besonders verbreitete Rechtsform.

2. HINTERGRUND: ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN UND KOHLEREVIERE

2.1. GRÜNDUNGEN VON ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Ein erheblicher Teil der gegenwärtig rund 1.000 Energiegenossenschaften in Deutschland ist seit dem Jahr 2000 entstanden, als mit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein deutlicher Gründungsimpuls einsetzte (Gährs et al. 2024). Die Zahlen der Neugründungen von Energiegenossenschaften werden vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV 2025a) seit 2006 in einer jährlichen Umfrage erhoben und beziehen aktuell alle Gründungen bis Ende 2024 mit ein (DGRV 2025a, 1 im PDF). Anhand dieser Auflistung zeigt sich, dass auf eine erste, durch starke Dynamik und im Schnitt 90 Neugründungen im Jahr gekennzeichnete Wachstumsphase bis etwa 2013 eine Phase rückläufiger bzw. stagnierender Gründungszahlen folgte. Diese hielt mit durchschnittlich 25 neuen Energiegenossenschaften pro Jahr bis 2021 an. Seither lässt sich wieder ein vermehrtes Wachstum von durchschnittlich 63 Neugründungen beobachten (siehe Abb. 1). Von 2010 bis 2013 lag das Gründungsniveau konstant über 100 und erreichte im Jahr 2011 mit 167 seinen bisherigen Höhepunkt. Die ungefähr 200.000 Mitglieder in Energiegenossenschaften trugen in dieser Phase erheblich zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei, da die gesamte Bürgerenergie – sprich Energiegenossenschaften sowie weitere Formen bürgerschaftlichen Engagements in der Energiewende – zum Bestand an Photovoltaikanlagen von insgesamt 32,4 GW bis 2012 mit

15,5 GW einen Beitrag von 48 % leistete. Gleiches gilt im Bereich der Onshore-Windenergie, in dem von den insgesamt 30,8 GW-Bestand bis 2012 50 % von Bürgerenergieakteuren installiert wurden (BUND 2017, 28 f.). Demgegenüber machten Privatpersonen im Jahr 2019 noch 38,6 % der Eigentümer:innen von Onshore-Windenergieanlagen sowie 32,1 % der Besitzer:innen von Photovoltaikanlagen aus (AEE 2025). Der Einbruch in den Neugründungen von Energiegenossenschaften (siehe Abb. 1) wurde durch mehrere Veränderungen der juristischen Rahmenbedingungen hervorgerufen: Hierunter fallen Kürzungen bei den Einspeisevergütungen 2012 und die Einführung von Ausschreibungsverfahren zur Inanspruchnahme der EEG-Vergütung in den Jahren 2014 bis 2017 (Leiren und Reimer 2018, 36–39).

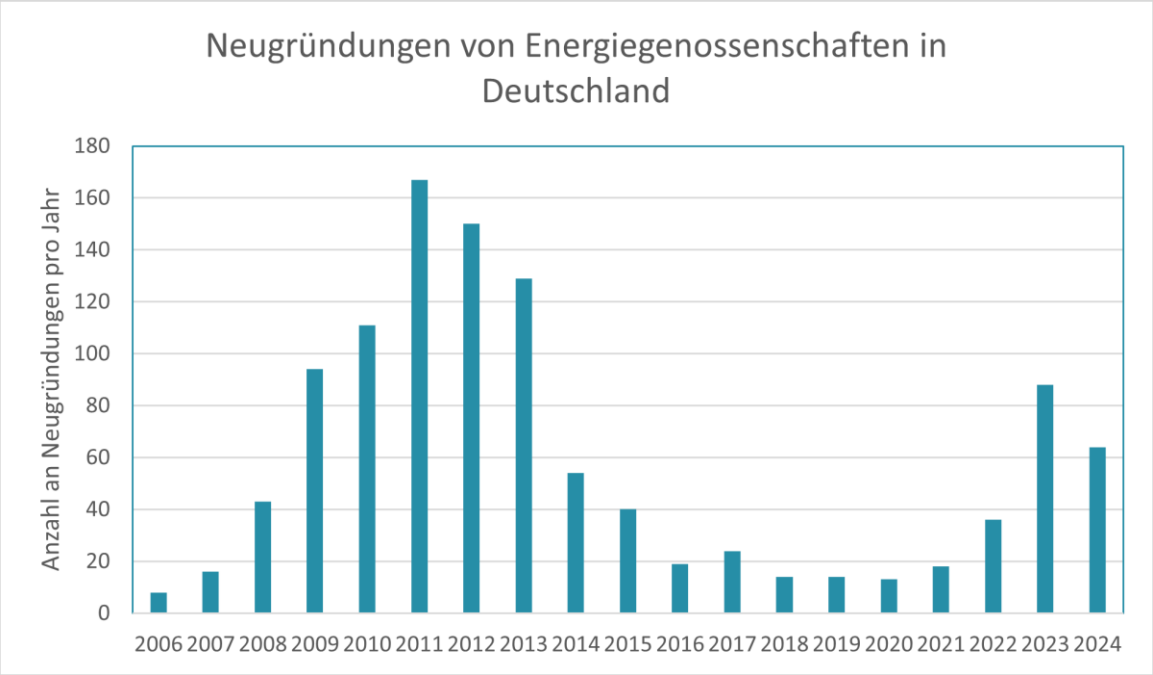

Abbildung 1: Neugründungen von Energiegenossenschaften, 2006 - 2024. Quelle: Eigene Darstellung nach DGRV (2025a)

Dieser Policy-Wandel erhöhte den Konkurrenzdruck unter Energieanbietern und ließ den Marktanteil von Energiegenossenschaften sinken (Holstenkamp 2021, 133 f.). Trotz der Anerkennung von Bürgerenergie auf EU-Ebene durch den Clean-Energy-for-All-Europeans-Act 2019 (Herreras Martínez et al. 2025) hielt die Phase der Stagnation bis 2021/22 an, als die Ampelkoalition mehrfach die Absicht erkennen ließ, erneuerbare Energien und damit Bürgerenergie zu stärken. Entsprechende Signale waren unter anderem Maßnahmen zur Risikominimierung, die Einführung von De-minimis-Regeln und die Ausnahme von der Ausschreibungsbeteiligung für Bürgerenergieprojekte (Krug et al. 2022, 8). Insgesamt sind laut DGRV zwischen 2006 und 2024 1.102 Energiegenossenschaften in Deutschland gegründet worden (DGRV 2025a, 2 im PDF). Wachsender Optimismus zeigt sich dabei auch am hohen Anteil von Energiegenossenschaften, die neue Projekte planen (Gährs et al. 2024, 2; DGRV 2025a, 9 im PDF).

Für eine Annäherung an die tatsächliche Gesamtzahl an Energiegenossenschaften in Deutschland – inklusive derer, die nicht im DGRV organisiert sind – kann dessen

Befragung mit weiteren Erhebungen kombiniert werden: Auf Basis der Datenbank Bürgerenergiegesellschaften der Leuphana Universität Lüneburg kann für das Jahr 2016 eine Gesamtzahl von schätzungsweise 1.747 Bürgerenergiegesellschaften angegeben werden, wovon 54,6 % Energiegenossenschaften waren (Kahla et al. 2017, 12–16). Die Zahl der Energiegenossenschaften betrug 2016 demzufolge ca. 954, was etwas höher liegt als die vom DGRV von 2006 bis 2016 kumuliert erfassten 812 Neugründungen (DGRV 2025a). Da über die Datenbank der Leuphana Universität ab 2016 öffentlich keine aktualisierten Zahlen abrufbar sind, muss mit dieser Zahl weitergearbeitet werden. Ergänzt um die Zahl der seitdem vom DGRV erhobenen Neugründungen ergibt sich bis Ende 2024 zunächst eine Gesamtzahl von etwa 1.225. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass Energiegenossenschaften im Laufe der Zeit nicht nur neu gegründet, sondern zum Teil auch wieder aufgelöst werden. Die Zahl der insolventen, fusionierten oder liquidierten Energiegenossenschaften ist in der Datenbank der Leuphana Universität Lüneburg bis Ende 2016 bestmöglich, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit abgebildet (Kahla et al. 2017, 11–14). Demgegenüber bezieht die Erfassung von Neugründungen durch den DGRV zunächst keine Löschungen mit ein, gibt als Gesamtzahl dann allerdings nur 998 Energiegenossenschaften als Stand für Ende 2024 an (DGRV 2025a, 10 im PDF). Diese Zahl wiederum bezieht nur Energiegenossenschaften mit ein, die im DGRV organisiert sind (DGRV 2025a), weshalb davon ausgegangen werden kann, dass die tatsächliche Zahl an bundesweiten Energiegenossenschaften für den Zeitpunkt 31.12.2024 zwischen 998 und 1.225 gelegen haben dürfte.

Mit Blick auf die zuträgliche Gesetzgebung der letzten Jahre – neben der bereits erwähnten auch durch Beteiligungsgesetze auf Länderebene (Gährs et al. 2024, 3 f.) – zeichnet sich unter der aktuellen Bundesregierung ein zunehmend anderes Bild ab.

Hinsichtlich des Koalitionsvertrags 2025 zwischen CDU, CSU und SPD äußerte sich der Genoverband in einer Stellungnahme aus April 2025 zunächst noch vergleichsweise optimistisch bezüglich der weiteren Aussichten für Energiegenossenschaften (Genoverband 2025). In diesem Kontext hob er u. a. die Bedeutung der angestrebten Förderung von *Energy Sharing*, „[…] der gemeinsamen Nutzung elektrischer Energie aus Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien […]“ (Deutscher Bundestag 2025, hib 495/2025) für Energiegenossenschaften hervor (Genoverband 2025), welche sich auch in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung wiederfand (BT-Drucksache 21/1497; Deutscher Bundestag 2025, hib 495/2025). Dieser wurde am 13.11.2025 vom Bundestag angenommen (BR-Drucksache 665/25), hinsichtlich der Bedeutung für Energy Sharing und Bürgerenergie aber unterschiedlich bewertet (bspw. DGRV 2025b; Scheer 2025; Bundes-SGK 2025; BDEW 2025; BT-Drucksache 21/2076, 5 sowie 25). Im Zuge des Monitoringberichts zur Energiewende im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) vom September 2025 (EWI und BET 2025) betonte auch der DGRV, dass sich die konkreten Auswirkungen noch nicht eindeutig abschätzen ließen, wenngleich sich grundsätzlich „[a]bgesehen von den allgemeinen Einschnitten, die für den gesamten Erneuerbaren-Sektor zu erwarten sind, […] derzeit keine speziellen Hürden ab[zeichnen], die Energiegenossenschaften speziell und in besonderem Maße betreffen“ (DGRV 2025c).

In den aktuellsten Entwicklungen zeigt sich nun jedoch ein weniger optimistisches Bild: So werden die vom Kabinett

beschlossenen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2027) und am Netzanschlusspaket – etwa der Wegfall von Förderungen für Anlagen unter 25 Kilowatt oder von Entschädigungszahlungen an Anlagenbetreiber im Falle von Abregelungen (Redispatch) (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2026) – von Akteuren im Bereich Bürgerenergie stark kritisiert und als zusätzliche Hürden für die bürgergetragene, dezentrale Energiewende angesehen (bspw. DGRV 2026a; BBEn 2026; Bürgerwerke eG 2026; naturstrom AG 2026a). Auch bezüglich des Energy Sharings wird befürchtet, dass die zuletzt geschaffenen Rahmenbedingungen eher bremsend wirken könnten und die Entscheidung der Bundesnetzagentur, auf das sogenannte Dienstleistungsmodell zu setzen (Bundesnetzagentur 2026), „[…] Energy Sharing […] gerade für kleinere Bürgerenergie- und Quartiersprojekte deutlich komplizierter, abhängiger von einzelnen Marktakteuren und am Ende häufig unwirtschaftlich [werden lasse]“ (naturstrom AG 2026b), da die Gefahr bestehe, keinen passenden Dienstleister zu finden oder die Kosten für eine eigene Lösung nicht stemmen zu können (items GmbH & Co. KG. 2026).

Dem gegenüber wird der aktuelle Regierungsentwurf zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (GenG) vom DGRV trotz einiger Kritikpunkte grundsätzlich positiv angesehen und die höhere Rechtssicherheit für Energiegenossenschaften hervorgehoben (DGRV 2026b).

Insgesamt zeigt sich somit ein gemischtes, in Summe jedoch weniger förderliches Bild hinsichtlich der derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen für Bürgerenergieprojekte. Ob die geplanten Änderungen schlussendlich auch so umgesetzt werden und wie sich die politische Situation für die Bürgerenergie zukünftig weiterentwickelt, bleibt dabei vorerst abzuwarten.

2.2. ENTWICKLUNG IN STRUKTURWANDELREGIONEN

Strukturwandel ist die durch primär ökonomischen Wandel induzierte Veränderung von Arbeits- und Sozialstrukturen (Dahlbeck et al. 2021, 13). Sowohl das Rheinische Revier als auch die Lausitz wurden sozio-kulturell und wirtschaftlich stark durch den Braunkohleabbau geprägt (Becker 2021, 145). Während der Braunkohleabbau in der Bundesrepublik bereits deutlich früher durch internationalen Markt- und Rationalisierungsdruck an Bedeutung verlor, blieb in der DDR die Braunkohle wichtigster Primärenergieträger und wurde unter anderem aus Autarkiegründen stärker staatlich gefördert (Kropp und Seibert 2022, 34). Erst im Zuge der Wiedervereinigung kam es dann auch in der Lausitz zu massiven Stellenverlusten. Im Rheinischen Revier sank die Anzahl der Beschäftigten im Zeitraum von 1990 bis 2000 von 15.000 auf circa 10.000, gleichzeitig ging die Anzahl im Lausitzer Revier von 65.000 auf 10.000 zurück (Becker 2021, 149) – in dieser Dekade war die Transformation in der Lausitz also deutlich ausgeprägter. Die aktuellen Herausforderungen der beiden Reviere haben allerdings „weniger mit arbeitslosen Kohlebeschäftigten als vielmehr mit dem Verlust von Wertschöpfung und dem Wegfall einer bisher sehr preiswerten Energiequelle […] zu tun“ (Kropp und Seibert 2022, 50). Der derzeitige Strukturwandel wird durch eine veränderte Klima- und Energiepolitik geprägt, was Verunsicherungen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Reviere bei der lokalen Bevölkerung hervorruft (Radtke und David 2024; Radtke und Löw Beer 2024). Während das Rheinische Revier durch seine stabile Wirtschaftsstruktur vergleichsweise gut vorbereitet ist (Herberg et al. 2020, 16), sieht sich die Lausitz durch weniger spezifische Policy-Maßnahmen, eine größere Skepsis in der Bevölkerung und eine problematische

demographische Entwicklung stärker durch den Strukturwandel herausgefordert (ebd., 3; ebd., 20; Kropp und Seibert 2022, 41 ff.).

2.3. WACHSTUMSFAKTOREN DER BÜRGERENERGIE

Bei Bürgerenergieprojekten wirken in der Regel physische, sozioökonomische, soziokulturelle und regionalpolitische Gegebenheiten zusammen. So können beispielsweise ungünstige physische Bedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energien die Entstehung und Verbreitung von Bürgerenergieprojekten behindern (Lode et al. 2022, 5). Aus diesem Grund befinden sich viele Projekte im Bereich der Windenergie in nördlicheren Bundesländern wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, während in südlicheren Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg eher Projekte zur Stromerzeugung durch Photovoltaik zu finden sind (Yildiz et al. 2019, 274). Relevante Faktoren für den Erfolg von Bürgerenergieprojekten sind außerdem das Vorhandensein starker sozialer Gemeinschaften beziehungsweise das gemeinsame Engagement und die kulturelle Identität der lokalen Bevölkerung (Warbroek 2021, 162), geeignete Rahmen- und Förderbedingungen, die Zusammenarbeit mit örtlichen Netzbetreibern und Energieversorgern (Hoicka et al. 2021, 5) sowie engagierte Intermediäre – also Schnittstellenakteure, die zum Beispiel den Kontakt zu Stadtwerken herstellen können – zum etablierten Energiesystem (Warbroek 2021; Lode et al. 2022). Demgegenüber wirken sich Unsicherheiten in der energiepolitischen Planung negativ auf das Wachstum solcher Initiativen aus (van Bommel und Höffken 2021, 6).

2.4. ENERGIENOSSENSCHAFTEN IN DEN REGIONEN

Wie ist es nun um die Energiegenossenschaften in die beiden Regionen bestellt? In der sächsischen Lausitz hat Bürgerenergie als vormaliges Randphänomen in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt: Von den derzeit sechs Energiegenossenschaften sind vier seit 2022 gegründet worden. Nunmehr sind fast ein Drittel der 21 sächsischen Energiegenossenschaften (Wittig 2024) in der Lausitz verortet. Von den 14 brandenburgischen Energiegenossenschaften befinden sich jedoch nur zwei in der Lausitz. Insgesamt sind somit acht Energiegenossenschaften in der Lausitz ansässig[12]. Eine weitere Gründung wird in Rietschen in Sachsen angestrebt. Auf das Rheinische Revier wiederum entfallen von den über 110 nordrhein-westfälischen Energiegenossenschaften (Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V. 2023)[13] insgesamt zwölf Energiegenossenschaften[14]. Zwei davon sind noch in den späten 2000er Jahren gegründet worden, zwei weitere sind seit 2022 entstanden. Der Großteil der Energiegenossenschaften im Rheinischen Revier wurde in den 2010er Jahren gegründet.

Insgesamt zeigt sich, dass eine hohe Bedeutung von Energiegenossenschaften für die Zukunft des Rheinischen Reviers und der Lausitz keineswegs einfach angenommen werden kann, sondern von verschiedenen politischen, physischen, sozio-

[12] In Sachsen: Bürger-Energie Zittau-Görlitz eG, Energiegenossenschaft Kodersdorf eG, Energiegenossenschaft Perspektive Boxberg eG, Genossenschaft Dorfheizung Daubitz, Lausitzer NaturEnergie eG, NeueEnergie Weißkeißel eG. In Brandenburg: Bürgerenergiegenossenschaft Elbe-Elster eG, SoGeLa eG.

[13] Seit 2024: Genoverband

[14] BEH Bürgerenergie Hemmerden eG, Bürgerenergie Kreis Düren eG, BürgerEnergieGenossenschaft Nordeifel eG, Bürgerenergie Loher Heide eG, Bürgerwindenergie Heinsberg eG, Bürgersolargenossenschaft Mönchengladbach eG, Bürgersolarstrom im Kreis Heinsberg eG, Deutsche Grünstrom Invest eG, Energiegenossenschaft VorEifel eG, Erkelenzer Sonnenschein eG, Klima-Region Aachen eG, SonneWindWende Bürger-Energie-Genossenschaft Kaarst-Korschenbroich eG.

kulturellen sowie strukturellen Faktoren abhängig ist. Dabei ist dem Forschungsstand nur indirekt – mit dem Verweis auf soziokulturelle Aspekte (Warbroek 2021, 162; Lode et al. 2022, 5) – zu entnehmen, welche Rolle Einstellungsmustern und Narrativen für eine strategische Förderung von Energiegenossenschaften und Bürgerenergieprojekten zukommt. Hier setzt die Forschung des Projekts „BE:ST“ an und kombiniert die partizipationsorientierte soziokulturelle Perspektive (siehe Kapitel 4) mit einer ökonomischen Potenzialanalyse, die im folgenden Kapitel vorgestellt wird.

3. ÖKONOMISCHE POTENZIALANALYSE

Für die ökonomische Potenzialanalyse wurden Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Anlagenbestände und Zubau-Aktivitäten von Wind- und Photovoltaikanlagen auf Landkreisebene analysiert. Basis ist das Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur (Bundesnetzagentur 2024). So verfügt die Lausitz insbesondere im Bereich der Photovoltaik-Freiflächen über einen hohen Anlagenbestand. Dagegen liegt der flächenspezifische Anlagenbestand für Onshore-Windenergie im Rheinischen Revier rund 50 % über dem der Lausitz, wobei die Vergleichbarkeit wegen unterschiedlich nutzbarer Flächen eingeschränkt ist. Berechnet wurden zunächst Wertschöpfungspotenziale aus Bestand und Zubau 2023 unter Anwendung des WeBEE-Modells des IÖW (vgl. bspw. Hirschl et al. 2022). Erfasst sind direkte Effekte entlang der Wertschöpfungsketten sowie indirekte Effekte erster Ordnung, etwa durch Zulieferungen. Eine Differenzierung nach regional verbleibenden und abfließenden Anteilen wurde aufgrund fehlender anlagenspezifischer Daten nicht vorgenommen.

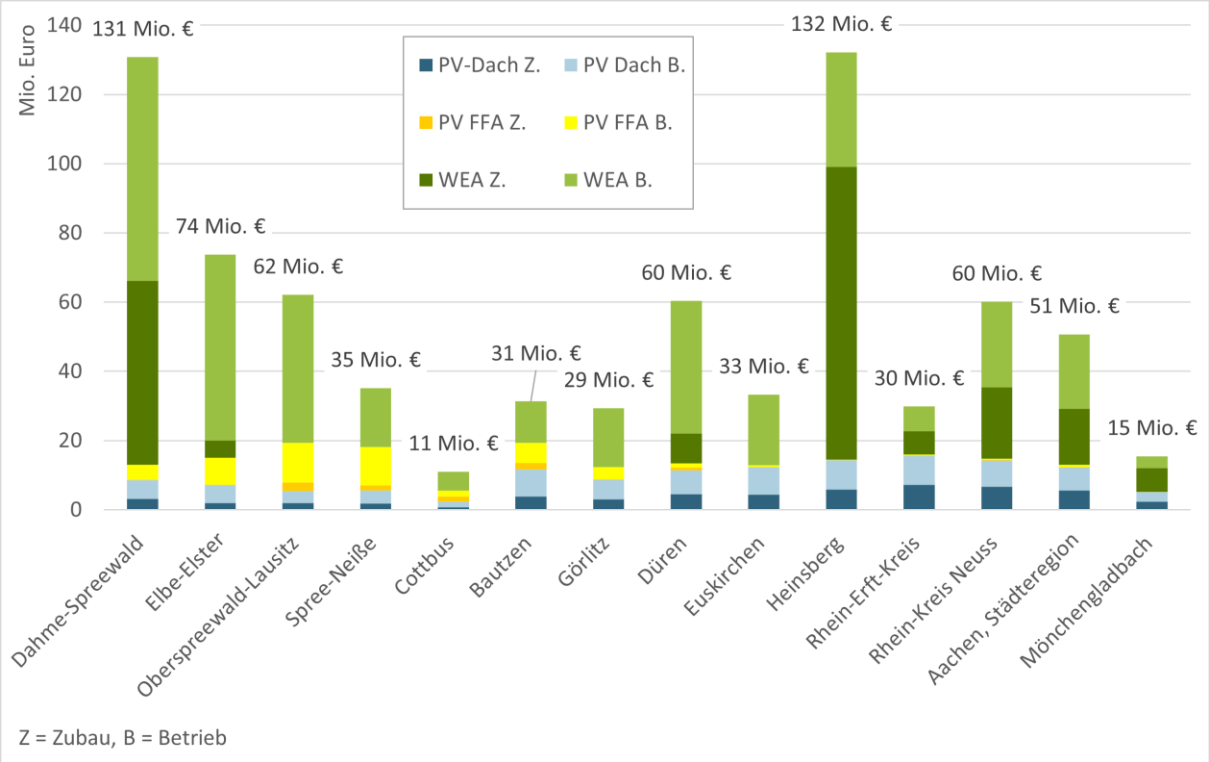

Abbildung 2: Wertschöpfungspotenziale durch EE-Anlagen in den Landkreisen in der Lausitz und im Rheinischen Revier im Jahr 2023, nach EE-Technologien und Betriebs- (B) und Zubau- (Z)-Aktivitäten. Quelle: eigene Berechnungen des IÖW

Im Ergebnis stellen Windenergieanlagen mit 74 % den größten Anteil der gesamten Wertschöpfungspotenziale in Höhe von 755 Millionen Euro in beiden Revieren. Photovoltaik-Freiflächenanlagen tragen vor allem in der Lausitz zur Wertschöpfung bei (53 Millionen Euro), während Dachanlagen in allen Kreisen signifikante Betriebs- und Zubau-Effekte erzeugen. Absolut liegen die Potenziale im Rheinischen Revier aufgrund des größeren Anlagenbestands höher (381 Millionen Euro versus 374 Millionen Euro in der Lausitz, siehe Abb. 2). Da Herstellungsleistungen und Betreibergewinne teils an externe Akteure abfließen, fällt der regional verbleibende Anteil der Wertschöpfungspotenziale geringer aus. Gerade Bürgerenergieprojekte könnten dazu beitragen, einen signifikanten Anteil verschiedener Wertschöpfungseffekte, vor allem der Betreibergewinne, vor Ort zu halten und damit regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

4. EINSTELLUNGEN UND WAHRNEHMUNGSMUSTER

4.1. MEDIEN- UND NARRATIVANALYSE

Die öffentliche Wahrnehmung von Bürgerenergien[15] wurde in beiden Strukturwandelregionen mittels einer Medien- und Narrativanalyse untersucht. Ergänzend wurden zudem überregionale Medien und Social-Media-Kommunikation mit in die Analyse einbezogen. Ziel war es, Narrative zu identifizieren, mit denen Bürgerenergie im öffentlichen Diskurs verknüpft wird, und so Einblicke in Wahrnehmungsmuster und Legitimationsstrategien zu gewinnen.

Die Narrative lassen sich grob zu drei Erzählsträngen verdichten.

Demnach sind Energiegenossenschaften 1) ein Zugang zu (Mit-)Eigentümerschaft an Energieanlagen, der Konsumentinnen und Konsumenten Vorteile (wie günstigere Energiepreise) bringt. Sie sind 2) ein Scharnier zwischen persönlicher Lebenswelt und umfassenden gesellschaftlichen Prozessen – und damit eine Quelle von Akzeptanz für die Energiewende. Schließlich kann Bürgerenergie im Kontext der Energiekrise 2022 außerdem 3) als Mittel der Resilienz (gegenüber schwankenden sowie stark erhöhten Energiepreisen) von Einzelpersonen und Gemeinschaften verstanden werden.

Insgesamt überwog im untersuchten Material eine Fokussierung auf die materiellen Potenziale von Energiegenossenschaften. Dies gilt vor allem für Daten aus der printmedialen Berichterstattung und im besonderen Maß für die Lausitz. Lediglich unter den der Bürgerenergie nahestehenden Verbänden auf X (ehemals Twitter) waren normative Argumentationen vorrangig. Die finanziellen Profitchancen durch Bürgerenergie und Energiegenossenschaften erfuhren in der Lausitz im Kontext eines gestiegenen Gründungsgeschehens in den Jahren 2022 und 2023 erhöhte Aufmerksamkeit. Hier wurde die Gründung von vier Energiegenossenschaften angestoßen, welche vor allem die in Folge des Russland-Ukraine-Krieges gestiegenen Energiekosten dämpfen sollten und breiten Anklang in den regionalen Medien fanden. Im

[15] In der medialen Berichterstattung sowie der Social-Media-Kommunikation wurde grundsätzlich nicht zwischen Bürgerenergie im Allgemeinen und Energiegenossenschaften im Speziellen unterschieden. Überwiegend handelte es sich bei den erwähnten Bürgerenergieprojekten jedoch ohnehin um Energiegenossenschaften, die eine besonders häufige Form der Bürgerenergiegesellschaften darstellen (Holstenkamp 2018, 897). Aus diesem Grund wurden beide Begriffe für die Recherche herangezogen und werden an dieser Stelle ebenfalls synonym verwendet. Zwar werden auch in der Literatur die verschiedenen Begrifflichkeiten rund um Bürgerenergie häufig nicht trennscharf voneinander abgegrenzt (Holstenkamp 2018, 897 ff.; Kahla et al. 2017, 5 f.); grundsätzlich können Bürgerenergieprojekte neben Genossenschaften jedoch noch weitere Rechtsformen umfassen (Holstenkamp et al. 2018, 1061; Engerer 2014, 2).

Rheinischen Revier dagegen stand Bürgerenergie weniger unter dem Zeichen der Krisenabwehr als vielmehr dem der partizipativen Gestaltung von Energiewende und Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund wurden im Rheinischen Revier folgende Herausforderungen thematisiert: bürokratische Hürden, lange Planungs- und Genehmigungsdauern und hohe Anforderungen an die Gründungsteams von Energiegenossenschaften. Nichtsdestotrotz zeigt sich in unserer Medienanalyse insgesamt eine sehr positive Bewertung von Bürgerenergie und Energiegenossenschaften durch regionale sowie überregionale Medien.

4.2. QUALITATIVE BEFRAGUNG RELEVANTER SCHLÜSSELAKTEURE UND BÜRGERENERGIEN

In Ergänzung zur Medien- und Narrativanalyse wurden pro Revier zehn qualitative Interviews mit relevanten regionalen Schlüsselakteuren und Energiegenossenschaften geführt. Hierbei lag der Fokus auf den Chancen und Herausforderungen für Initiativen, die Energiegenossenschaften gründen wollen, sowie auf der Identifikation weiterer Akteure und Institutionen, welche für die Förderung und Verbreitung von Bürgerenergie als wesentlich eingeschätzt werden. Basierend auf den Ergebnissen dieser 20 Interviews und einer vorangegangenen Literaturrecherche wurden Handlungsempfehlungen hinsichtlich zentraler Weichenstellungen für bestehende und künftige Initiativen formuliert.

Beide Reviere würden von einer verbesserten Ansprache und Kommunikation über Bürgerenergie-Projekte, von der gezielten Identifikation und Hebung von Synergieeffekten, dem Aus- und Aufbau von Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen sowie von einer verstärkten Ansprache von Unternehmen profitieren.

Für die Lausitz können überdies folgende Schritte empfohlen werden:

- Kommunikation von Bürgerenergie als pragmatische Strategie zur Förderung der Region, der Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger,
- Aufbau einer dezentralen, multidimensionalen Infrastruktur zur Förderung der Bürgerbeteiligung an der Energiewende vor Ort,
- Identifikation von Anknüpfungspunkten zu bestehenden Bürgerenergie-Initiativen und einschlägigen Akteuren,
- Offenheit für verschiedene Formen von Bürgerenergie sowie
- gezielte Ansprache nicht-öffentlicher Organisationen (insbesondere Unternehmen) zum Thema Bürgerenergie.

Speziell im Rheinischen Revier erscheinen folgende Aktivitäten sinnvoll:

- gezielte Unterstützung für Bürgerenergie-Initiativen durch Beratungsangebote und niedrigschwellige Förderprogramme,
- Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung vorhandener Angebote für Bürgerenergie-Projekte und Interessierte,
- *Bürgerenergie für Bürgerenergie*: Auf- und Ausbau bestehender Netzwerke zwischen Akteuren und Projekten,
- Aufbau von *Stadt-Land-Partnerschaften* zwischen Bürgerenergie-Projekten und
- Aktivierung der Strukturwandel- und Wirtschaftsförderung zur Ansprache und Sensibilisierung von Unternehmen für die Chancen von Bürgerenergie.

4.3. QUANTITATIVE BEVÖLKERUNGSUMFRAGE

Um Einstellungen zur Energiewende und zu Bürgerenergieprojekten sowie die Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an Energiegenossenschaften in beiden Regionen zu erfassen, wurde als ein weiterer Baustein der sozialwissenschaftlichen Analyse zwischen November 2024 und Februar 2025 eine Umfrage im Rheinischen Revier und in der Lausitz durchgeführt. Hierzu

konnten 178 Fragebögen ausgewertet werden. 57 % der Befragten stammen aus dem Rheinischen Revier, 43 % aus der Lausitz.

Im Kontext der Befragung zeigte sich eine positive Haltung gegenüber Bürgerenergieprojekten in beiden Regionen. Rund ein Drittel der Befragten gab an, sich eine Investition in Bürgerenergie vorstellen zu können. Dabei reicht die Spannweite möglicher Einlagen von Kleinstbeträgen bis hin zu mittleren fünfstelligen Summen; der Median lag bei 2.000 Euro.[16]

Insgesamt stimmte ein Großteil der Befragten (63 %) der Aussage zu, dass Bürgerenergieprojekte einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisteten. Gleichzeitig stimmten 69 % der Befragten der Aussage, dass die Energiewende wichtig sei, eher oder vollumfänglich zu. Weniger positiv wurde ein größeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende bewertet – rund die Hälfte der Befragten findet eine solche Entwicklung nur bedingt erstrebenswert.

Mit Blick auf die bevorzugten Beteiligungsformen zeigte sich ein relativ klares Bild: Am meisten Zuspruch erhielten direkte Eigentumsbeteiligungen an Bürgerenergiegenossenschaften (62 %) sowie nachhaltige Regionalfonds lokaler Banken (55 %). Überregionale Fonds oder indirekte Beteiligungsmodelle stießen auf geringeres Interesse.

Bei der logistischen Regressionsanalyse erwiesen sich zwei Prädiktoren als signifikant. Erstens steigert ein höheres Haushaltseinkommen die Wahrscheinlichkeit einer Beteiligung beziehungsweise Investition. Zweitens erhöht eine positive Einstellung zur Energiewende die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung von Bürgerenergieprojekten deutlich. Einmal mehr zeigt sich: Nicht nur individuelle ökonomische Ressourcen, sondern auch normative Überzeugungen sind ausschlaggebend. Weitere Faktoren – etwa Bildungsgrad, Regionalität oder die bisherige Unterstützung von Bürgerenergiegesellschaften – weisen zwar in die erwartete Richtung, erreichten jedoch aufgrund der begrenzten Fallzahl keine statistische Signifikanz.

Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass eine individuelle (finanzielle) Beteiligung an Bürgerenergieprojekten sowohl vom verfügbaren Einkommen als auch von einer positiven Grundhaltung zur Energiewende deutlich beeinflusst wird. Gleichzeitig deuten die deskriptiven Befunde darauf hin, dass Informationsdefizite und Unsicherheiten über Beteiligungsformen wichtige Hemmnisse darstellen. Ein wesentlicher Teil der Befragten gab an, keine konkreten Bürgerenergieprojekte zu kennen (52 %) oder aufgrund von Informationsdefiziten keine Bewertung vornehmen zu können (32 %).

4.4. ERGÄNZENDE INTERVIEWS

In Ergänzung zur online durchgeführten quantitativen Bevölkerungsumfrage wurden in beiden Revieren zusätzliche qualitative Interviews durchgeführt. Der Vorteil dieser Methodentriangulation besteht darin, dass die im Onlinefragebogen erhobenen Daten validiert und um tiefergehende Einblicke ergänzt werden konnten. Hierzu wurden insgesamt sieben Personen aus der Lausitz und fünf Personen aus dem Rheinischen Revier in leitfadengestützten Interviews befragt. Dabei wurde ebenfalls sehr deutlich, dass die Befragten angaben, kaum einen oder gar keinen Bezug zu Energiegenossenschaften zu haben oder

[16] Der DGRV kommt bei seiner Erhebung auf durchschnittlich 3.200 Euro Beteiligung pro Mitglied in den bei ihm organisierten Energiegenossenschaften (DGRV 2025a).

die Ansicht vertraten, dass Energiegenossenschaften in ihrer Region kaum eine Rolle spielen würden. Auch gaben einige interviewte Personen an, sich aus Mangel an Ressourcen wie Zeit, Kraft oder Gesundheit nicht (stärker) für den Klimaschutz engagieren zu können und den Aufwand und die Verantwortung für Einzelpersonen als belastend wahrzunehmen. Darüber hinaus wurden auch der bürokratische Aufwand und die Vorschriften bei der Gründung einer Genossenschaft als abschreckend geschildert. Gleichzeitig betonten einige der interviewten Personen die akzeptanzfördernde Wirkung von Bürgerenergieprojekten oder hoben die Möglichkeit, über Energiegenossenschaften von der Energiewende zu profitieren, positiv hervor. Auch die finanziellen Vorteile für Bürger:innen und Kommunen, die Stärkung der Region und ein möglicherweise gesteigertes Selbstwirksamkeitsempfinden wurden als positive Aspekte von Bürgerenergieprojekten genannt.

Insgesamt zeigte sich auch in den Interviews ein durchaus gemischtes Bild, das nicht zuletzt den Befund aus der quantitativen Befragung bestätigen kann, dass trotz vorhandener Bürgerenergieprojekte viele Bürgerinnen und Bürger zu diesen wenig bis gar keinen Bezug haben oder sie, wenn sie selbst einen Bezug haben, dennoch als in der Öffentlichkeit kaum sichtbar wahrnehmen.

4.5. LOSBASIERTE BETEILIGUNG

Ein weiterer zentraler Baustein des Projekts war überdies die Durchführung eines wissenschaftlichen Bürgerrates zum Thema Bürgerenergie im Rheinischen Revier. Hierzu wurde die Stadt Frechen stellvertretend für die beiden untersuchten Strukturwandelregionen Rheinisches Revier und Lausitz ausgewählt und als Kooperationspartnerin für die Durchführung des Bürgerrates gewonnen. Dieser wurde nach dem Modell der Planungszelle[17] entworfen und hatte zum Ziel, die bisherigen Ergebnisse des Projektes durch sozial robustes, mit Hilfe der aleatorischen Zufallsauswahl nahezu repräsentatives Alltags- und Erfahrungswissen aus einer Beispielkommune zu ergänzen und bürgerschaftliche Leitlinien für die bundesweite Energieforschung zu entwickeln. Hierfür wurden verschiedene Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis zu Impulsvorträgen eingeladen, um den Teilnehmenden Einblicke in ihre Erfahrungen und ihre Expertise zu geben. Darüber hinaus wurden die Bürgergutachter:innen vom Projektkonsortium über die bisherigen Erkenntnisse aus dem Projekt BE:ST informiert. Auf dieser Basis entwickelten die Teilnehmenden Empfehlungen und Leitlinien zur Stärkung der Bürgerenergie in Strukturwandelregionen (Bürgerrat Gemeinsam Energien gestalten 2026).

Begleitend zum Bürgerrat wurden die Teilnehmenden in einer Vor-, einer Zwischen- und einer Nachbefragung zu ihrer Einstellung und ihrem Vorwissen bezüglich Bürgerenergieprojekten, ihrer Meinung zum Ablauf des Bürgerrates sowie zu ihrer Soziodemografie befragt.

Auch im Bürgerrat „Gemeinsam Energien gestalten – Bürgerinnen und Bürger entwickeln Maßnahmen für die bundesweite Energieforschung“ wurde deutlich, dass sich die stellvertretend für die Stadt Frechen und die Region ausgelosten Teilnehmenden mehr öffentlich zugängliche

[17] Das Konzept der Planungszelle wurde in den 1970er Jahren an der Bergischen Universität Wuppertal entwickelt und seitdem vielfach erprobt und methodisch weiterentwickelt. Kernelemente sind eine Zusammensetzung aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, ein feststehendes Thema, die Anhörung von Expert:innen, immer neu zusammengesetzte Kleingruppen, individuelle Priorisierungen der Ergebnisse und ein abschließendes Bürgergutachten. Weitere Infos zum Format Planungszelle sowie zu Deliberativen Mini-Publics in Deutschland: Marx et al. 2026, 377 ff.; Bergische Universität Wuppertal 2025.

Informationen und mehr Sichtbarkeit bestehender Bürgerenergie-Projekte wünschen (Bürgerrat Gemeinsam Energien gestalten 2026, 17). Auch in der Vorbefragung der Bürgerrats-Teilnehmenden konnte der Befund einer geringen öffentlichen Informationsbasis bestätigt werden: Nur ein Drittel (33 %) gab an, das Konzept Energiegenossenschaft zu kennen, während gut die Hälfte (55 %) mit „Nein“ und weitere 12 % mit „Weiß nicht“ antworteten. Mit Blick auf andere Rechtsformen (wie bspw. GmbHs oder Vereine) gaben mit 28 % noch etwas weniger Personen an, das Konzept Bürgerenergie zu kennen, während 56 % mit „Nein“ und 16 % mit „Weiß nicht“ antworteten.

Weitere Empfehlungen des Bürgerrates waren weniger bürokratische Hürden, kommunale Ansprechpartner:innen, mehr Transparenz und Aufklärung sowie niederschwellige Möglichkeiten der Mitgliedschaft in Form von geringen Einstiegspreisen. Als rote Linien für Bürgerenergieprojekte sahen die Teilnehmenden vor allem zu hohe Kosten- oder Zeitaufwände, Unsicherheiten bei der Einspeisung und die Zerstörung von Natur und Umwelt (ebd.).

5. ZUSAMMENFÜHRUNG: SWOT-ANALYSE

Um die in den zuvor durchgeführten Analysen und Erhebungen gewonnenen Erkenntnisse zu systematisieren und in strategische Handlungsoptionen zu überführen, wurde eine SWOT-Analyse als Schnittstelle zwischen empirischer Analyse und praxisorientierter Strategieentwicklung zur Stärkung der Bürgerenergie durchgeführt.[18] Grundlage bildeten die Ergebnisse der Stakeholderinterviews, der regionalwirtschaftlichen Untersuchungen sowie der Bevölkerungsbefragungen.

Das Vorgehen folgte einem iterativen und transdisziplinären Ansatz: Die SWOT-Matrizen wurden in Abstimmung mit den Bearbeitenden der empirischen Analysen entwickelt und im weiteren Prozess zu Strategien, Heuristiken und Narrativen verdichtet.

Eine zentrale Arbeitshypothese bestand darin, dass sich die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der Bürgerenergie in Abhängigkeit von den regionalen Kontextbedingungen unterscheiden. Daher wurden für das Rheinische Revier und die Lausitz separate Analysen durchgeführt. Die Anwendung der ursprünglich betriebswirtschaftlich geprägten SWOT-Methode erforderte dabei eine Anpassung an gesellschaftliche Transformationsprozesse: Als interne Faktoren wurden nicht nur die Ressourcen einzelner Bürgerenergiegesellschaften, sondern auch regionale Akteursstrukturen und institutionelle Kapazitäten berücksichtigt. Chancen und Risiken umfassen neben wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen insbesondere politische, regulatorische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

5.1. REGIONALE AUSPRÄGUNGEN IM RHEINISCHEN REVIER

Im Rheinischen Revier prägen insbesondere politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, ökonomische Strukturbedingungen, Fragen der Teilhabe und Akzeptanz sowie lokale Umsetzungs- und

[18] Die SWOT-Analyse ist eine verbal-argumentative Methode (Wollny und Paul 2014), die darauf abzielt, in der vorangegangenen Forschung ermittelte Faktoren als Stärken, Schwächen, Chancen oder Risiken zu klassifizieren. In der vorliegenden Untersuchung steht dabei die Bürgerenergie im Mittelpunkt. Analysiert werden sowohl interne Stärken und Schwächen der Bürgerenergie als auch in den sich wandelnden Rahmenbedingungen des Umfelds liegende externe Chancen und Risiken für die Bürgerenergie. Die Analyse betrachtet die Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken dabei jeweils im Vergleich zu anderen Investorinnen und Investoren in erneuerbare Stromerzeugung.

Organisationskapazitäten die Entwicklung der Bürgerenergie.

Förderprogramme, das Bürgerenergiegesetz Nordrhein-Westfalen und regionale Intermediäre wie die Zukunftsagentur Rheinisches Revier schaffen günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Bürgerenergieprojekten. Gleichzeitig erschweren langwierige Genehmigungsverfahren, uneindeutige Zuständigkeiten, begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Konkurrenz mit finanzstarken Projektierern die Entwicklung von Bürgerenergieprojekten. Das Rheinische Revier ist somit durch ein Spannungsverhältnis zwischen vergleichsweise gut entwickelten Unterstützungsstrukturen und fortbestehenden administrativen sowie wirtschaftlichen Barrieren gekennzeichnet.

5.2. REGIONALE AUSPRÄGUNGEN IN DER LAUSITZ

Die SWOT-Analyse der Lausitz zeigt, dass die Entwicklung der Bürgerenergie in besonderem Maße durch gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen geprägt wird. Neben einer ausgeprägten regionalen Identifikation und einer starken Beteiligungskultur spielen insbesondere Fragen der regionalen Wertschöpfung, der Finanzierung sowie der Kooperation zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine zentrale Rolle.

Als Stärken wurden insbesondere regionale Identifikation, lokal verankerte Beteiligungsformen und Potenziale regionaler Wertschöpfung identifiziert. Gleichzeitig bestehen begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen, eine hohe Abhängigkeit von ehrenamtlichem Engagement, die sich auch in der regionsübergreifenden Betrachtung als strukturelle Herausforderung zeigt, sowie teilweise fehlende fachliche und wirtschaftliche Kompetenzen.

Chancen ergeben sich vor allem durch Kommunen, die Bürgerenergie aktiv unterstützen, sowie durch die Vorbildwirkung erfolgreicher Projekte. Diese sind jedoch häufig nur lokal bekannt. Eine stärkere Sichtbarkeit über einschlägige Plattformen, Veranstaltungen oder Praxisberichte könnte Vertrauen, Orientierung und Nachahmung fördern.

5.3. ÜBERGREIFENDE SWOT-FAKTOREN

Über die regionalspezifischen Faktoren hinaus stellt die Kleinskaligkeit von Bürgerenergiegesellschaften sowohl eine Stärke als auch eine Schwäche dar. Einerseits erleichtert sie die finanzielle und organisatorische Teilhabe der lokalen Bevölkerung. Die regionale Verankerung, persönliche Beziehungen und transparente Entscheidungsstrukturen können Vertrauen schaffen, die Akzeptanz erneuerbarer Energien erhöhen und regionale Wertschöpfung fördern. Andererseits begrenzt die Kleinskaligkeit die Handlungsmöglichkeiten: Größere Projekte erfordern erhebliche finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen sowie ein hohes Maß an Professionalisierung. Insbesondere in der Gründungsphase fehlen häufig Erfahrungswissen, administrative und juristische Kompetenzen sowie ausreichende Kapazitäten zur Bewältigung komplexer Genehmigungs- und Förderverfahren. Weitere wiederkehrende Schwächen sind der erschwerte Zugang zu Fremdkapital und die hohe Abhängigkeit von ehrenamtlichem Engagement.

Demgegenüber bieten energiepolitische Zielsetzungen auf Bundesebene, insbesondere die Ausbauziele für erneuerbare Energien, sowie technologische Innovationen in den Bereichen Speicher, Flexibilitätsmanagement und Netzintegration zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten und damit Chancen. Auch die wachsende

gesellschaftliche Sensibilisierung für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung kann Bürgerenergieprojekten neue Legitimitäts- und Mobilisierungspotenziale verschaffen.

Zu den regionsübergreifenden Risiken zählen regulatorische Unsicherheiten, komplexe Genehmigungsverfahren, der administrative Aufwand von Genossenschaftsgründungen sowie der Wettbewerb mit finanzstarken Projektierern um geeignete Flächen. Dieses Wettbewerbsverhältnis betrifft beide Strukturwandelregionen und kann insbesondere lokal verankerte Bürgerenergiegesellschaften benachteiligen, da diese in der Regel über geringere finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen verfügen. Darüber hinaus können zunehmende Vorbehalte gegenüber erneuerbaren Energien und eine Polarisierung energiepolitischer Debatten die Entwicklung neuer Bürgerenergieprojekte erschweren. Da Bürgerenergiegesellschaften in besonderem Maße auf lokales Vertrauen, regionale Beteiligungsbereitschaft und bürgerschaftliches Kapital angewiesen sind, treffen gesellschaftliche Akzeptanzkonflikte sie häufig stärker als überregional agierende Projektentwickler.

5.4. ABLEITUNG STRATEGISCHER HANDLUNGSOPTIONEN

Aufbauend auf den identifizierten SWOT-Faktoren und den zugrundeliegenden Untersuchungen stellt sich die Frage nach strategischen Handlungsoptionen für die Stärkung der Bürgerenergie in den Strukturwandelregionen. Hierbei geht es nicht mehr allein um die isolierte Betrachtung einzelner Einflussgrößen, sondern um deren produktive Verknüpfung: Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken werden systematisch zueinander in Beziehung gesetzt, um Ansatzpunkte für die Entwicklung konsistenter Strategien zu gewinnen (Bundesministerium des Innern / Bundesverwaltungsamt 2025). Mit dieser strategischen Verdichtung kann eine Brücke zwischen Analyse und Umsetzung geschlagen werden: Aus der Vielzahl einzelner Faktoren entstehen handlungsleitende Muster, die sowohl wissenschaftlich nachvollziehbar als auch politisch bzw. praktisch anschlussfähig sind.

Eine **Stärken-Chancen-Strategie** besteht darin, die lokale Verankerung und hohe Akzeptanz der Bürgerenergie gezielt mit Förderprogrammen und institutionellen Unterstützungsangeboten zu verbinden. Im Rheinischen Revier können bestehende Beratungs- und Förderstrukturen hierfür genutzt werden. In der Lausitz können unterstützende Kommunen und sichtbare Vorzeigeprojekte weitere Initiativen anstoßen.

Im Rahmen einer **Schwächen-Chancen-Strategie** können fehlendes Erfahrungswissen und begrenzte administrative Kapazitäten durch Qualifizierungsangebote, regionale Beratungsstellen oder zentrale Anlaufstellen kompensiert werden. Insbesondere gebündelte und leicht zugängliche Unterstützungsangebote könnten dazu beitragen, Zuständigkeiten zu klären und Bürgerenergiegesellschaften während der Gründungs-, Planungs- und Genehmigungsphase zu begleiten. Für das Rheinische Revier wurde dieser Ansatz als „administrativer Rückenwind“ durch eine Verwaltung als Ermöglicher verdichtet.

Eine **Stärken-Risiken-Strategie** zielt darauf ab, die besonderen Stärken lokal verankerter Bürgerenergiegesellschaften gezielt in politische und planerische Entscheidungsprozesse einzubringen. Frühzeitige Beteiligung, transparente Kommunikation sowie die Berücksichtigung regionaler Wertschöpfung, lokaler Teilhabe und kommunalen Nutzens bei Planungs- und Flächenvergaben können dazu beitragen, die

Wettbewerbsfähigkeit der Bürgerenergie zu stärken.

Demgegenüber setzen **Schwächen-Risiken-Strategien** dort an, wo geringe Ressourcen auf komplexe Verfahren und hohe finanzielle Risiken treffen. Denkbar sind vereinfachte Verwaltungsprozesse, Anschubfinanzierungen, Risikoteilungsinstrumente sowie Kooperationen zwischen Bürgerenergiegesellschaften, Kommunen, Stadtwerken und regionalen Finanzinstituten.

5.5. VERDICHTUNG ZU NARRATIVEN

Die im Rahmen der SWOT-Analyse entwickelten Strategien bilden die Grundlage für die Ableitung von Narrativen, die strategische Zusammenhänge in kommunizierbare Deutungsmuster überführen.

Sie können dabei unterschiedliche Funktionen erfüllen: Sie reduzieren Komplexität und bieten Orientierung in politischen Entscheidungs- und Planungssituationen (Roe 1994), strukturieren die Wahrnehmung und Bewertung politischer Handlungsoptionen und können zu deren Legitimation beitragen sowie Unterstützung für gemeinschaftliches bzw. politisches Handeln mobilisieren (Shanahan et al. 2018; Tosun & Schaub 2021; Mu et al. 2022). Im Kontext der Bürgerenergie können Narrative damit dazu beitragen, deren Rolle im Strukturwandel verständlich zu machen und einzelne politische Handlungsoptionen in einen übergeordneten Zusammenhang einzuordnen.

Für die Lausitz kann Bürgerenergie beispielsweise als Instrument einer aktiven und demokratischen Gestaltung des Strukturwandels gerahmt werden. Ein weiteres Narrativ setzt an der bislang begrenzten Sichtbarkeit erfolgreicher Projekte an und betont deren mögliche Orientierungs- und Vorbildfunktion. Im Rheinischen Revier stehen insbesondere die Stärkung lokal verankerter Akteure sowie die Rolle der Verwaltung als Ermöglicherin im Vordergrund. Die entwickelten Narrative wurden durch Praxisakteure hinsichtlich ihrer Verständlichkeit, Relevanz und Umsetzbarkeit validiert. Die Rückmeldungen weisen grundsätzlich auf ihre inhaltliche und kommunikative Anschlussfähigkeit hin.

Insgesamt zeigt die SWOT-Analyse, dass sich trotz gemeinsamer Herausforderungen deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich der institutionellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bürgerenergie ergeben. Die Methode erwies sich dabei als geeignetes Instrument, um die heterogenen empirischen Ergebnisse systematisch zusammenzuführen und strategische sowie kommunikativ anschlussfähige Handlungsorientierungen abzuleiten. Aufgrund ihres verbal-argumentativen und interpretativen Charakters sind die Ergebnisse jedoch nicht als abschließende Bewertung oder Prognose zu verstehen, sondern als kontextgebundene strategische Verdichtung des untersuchten Materials. Die iterative Einbindung der am Projekt „BE:ST“ Beteiligten und die Validierung der Narrative durch Praxisakteure tragen dazu bei, subjektive Zuordnungen zu reflektieren und die wissenschaftliche Nachvollziehbarkeit sowie die praktische Anschlussfähigkeit der Ergebnisse zu erhöhen.

6. REFLEXION UND FAZIT

Im Ergebnis bestehen somit für eine demokratische Energiewende durch Bürgerenergie zweifelsohne Potenziale in den Kohleregionen, die stärker ausgeschöpft werden könnten – und sollten.

Im Allgemeinen bleibt die deutsche Energiewende räumlich entkoppelt: Verdichtete Kommunen (≥ 100 Einw./km²) deckten 2019 im Schnitt nur rund 22 % ihres

Strombedarfs aus lokal erneuerbar erzeugtem Strom, während Überschüsse vor allem in Nord- und Ostdeutschland entstehen (Manske et al. 2025). Zugleich rücken **Eigentums- und Zugangsregime** ins Zentrum: Boden- und Nutzungsrechte strukturieren, wer profitieren und mitentscheiden kann; ohne bewusste Gestaltung werden Verteilungs- und Anerkennungsfragen verschärft (Pfeiffer 2025). Gerade bei Windprojekten entscheiden Landverfügbarkeit und Vertragsmacht darüber, ob bürgerschaftliche Modelle entstehen oder Renditen abfließen – ein Risiko, das sich durch standardisierte Benefit-Sharing-Mechanismen und kommunale Eigentumsanteile mindern lässt (Pfeiffer 2025; Baasch und Maschke 2025).

Langzeitbefunde zeigen, dass partizipative Governance die Legitimation erhöht und Prozesse über Jahre tragfähig hält (Baasch und Maschke 2025). Das spricht für eine Fairness-Architektur, die lokale Chancen und Vorteile systematisch sichert (etwa durch Miteigentum, Pachten, Beteiligungen) und diese mit verlässlichen Beteiligungsformaten verknüpft.

Darüber hinaus zeigen Stadtwerke und kommunale Unternehmen ihr Potenzial als Intermediäre: Über 150 Neugründungen zwischen 2005 und 2016 belegen die Renaissance kommunaler Träger; die Erfolgsfaktoren sind eng mit denen der Bürgerenergie verknüpft: Kooperation sowie Orientierung an Resilienz und Gemeinwohl – es zählt nicht allein der Preis (Wagner et al. 2021). Gleichzeitig schöpft die Mehrheit ihr kommunikatives Potenzial noch nicht aus: „Transitionalisten“ (45 %) und „Traditionalisten“ (35 %) dominieren den Stadtwerke-Sektor, lediglich die Gruppe der „Pioniere“ (20 %) positioniert sich deutlich energiewendestärker (Schmid-Petri und Elschner 2024). Professionalisierung und eine offensive, bürgernahe Kommunikationsstrategie sind für Bürgerenergie-Projekte also essenziell, wenn sich fruchtbare Kooperationen mit Stadtwerken entfalten sollen (ebd.).

Auf regulatorischer Ebene bleibt der Unterbau für Energiegemeinschaften ambivalent: EU-Akteurskategorien wie Renewable Energy Communities (REC, Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften), Citizen Energy Communities (CEC, Bürgerenergiegemeinschaften) und Prosumer (Akteure, die Energie zugleich produzieren und verbrauchen) passen nicht exakt zu den technisch verwendeten Äquivalenten wie Mikronetzen oder Virtual Power Plants (VPP, virtuell zusammengeschaltete Anlagen), was unnötige Pflichtlasten und Rollenvermischungen erzeugen kann. Zugleich sind nicht nur finanzielle, sondern auch soziale und ökologische Motive zentrale Treiber der Bürgerenergie, was regulativ unterbelichtet bleibt (Haji Bashi et al. 2023). Daraus folgt: Benötigt werden passgenaue nationale Umsetzungen in Form von Förderstrategien, die kontextsensibel, technik- und akteursangemessen sind (ebd.).

Die **Langzeitperspektive** unterstreicht die weiter oben skizzierte, nunmehr stärker bedrohte Dynamik gelingender Teilhabe: Die Beteiligungsintensität und -energie nimmt ab, wenn Ermüdungserscheinungen z. B. nach Zielerreichungen (z. B. 100 % EE-Strom) eintreten, wobei der erneute Schub seit der Energiekrise 2022 durch angekündigte Maßnahmen der neuen Bundesregierung nach dem jüngsten Monitoring-Report an das BMWE gegenwärtig zum Erliegen kommt (Baasch und Maschke 2025; EWI und BET 2025). Informelle Beteiligungsformate bleiben relevant für aktivierenden Austausch, während formale Anteile (z. B. genossenschaftliche Miteigentümerschaft) Verbindlichkeit schaffen können. Beides braucht die kontinuierliche Pflege bestehender Arrangements, permanente Impulse und wirksame Anpassungsstrategien (Baasch und Maschke 2025).

Wird Bürgerenergie übergreifend als Chance für strukturwandelbetroffene Regionen verstanden, lässt sie sich zugleich als soziale Innovation begreifen: als neue Form kollektiver Organisation, die technische Energiewende, lokale Teilhabe und regionale Wertschöpfung miteinander verbindet. Aus der Perspektive einer Strukturstärkung ländlicher Räume gilt: Legitimation entsteht dort, wo wirkmächtige, gut vernetzte Akteure, passende Instrumente und klare Prozessregeln zusammenkommen; reine Makro-Förderung (etwa durch den Bund) reicht keinesfalls aus. Genossenschaften sind als Plattformen zu verstehen, die finanzielles, soziales und Humankapital mobilisieren und damit kollektives Handeln verstetigen (Martens et al. 2021). Diese Plattformen wollen bespielt werden: Es braucht die Mitwirkung einer aktiven lokalen Zivilgesellschaft, offensiv-beflügelnde Frontrunner-Kommunen und eine regionale Wirtschaft, die offen für Kooperationen ist und Risiken eingeht.

In der Zusammenschau lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

(1) Sichtbarkeit stärken: Die Projektergebnisse zeigen deutlich, dass vorhandene Bürgerenergieprojekte häufig eine geringe Sichtbarkeit und daraus resultierend eine geringe Bekanntheit in der Bevölkerung aufweisen. Über eine verbesserte Kommunikation und Wahrnehmung bestehender Projekte könnten Potenziale gehoben und mehr Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende beteiligt werden.

(2) Räumliche Dissonanzen ausgleichen: Lokale Wertschöpfungspfadgestaltung (Pacht/Eigentum, kommunale und genossenschaftliche Anteile, standardisierte Benefit-Sharing-Bausteine) und Verfahrensgerechtigkeit bei den Planungs- und Umsetzungsprozessen helfen bei der Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (§2 Abs. 2 Nr. 1 Raumordnungsgesetz) in den Regionen und zwischen Stadt und Land (Manske et al. 2025; Baasch und Maschke 2025; Pfeiffer 2025). Insgesamt könnte die hohe lokale Akzeptanz gezielt genutzt werden, um externe Chancen wie Förderprogramme im Rheinischen Revier oder kommunale Unterstützung in der Lausitz zu realisieren.

(3) Intermediäre stärken: Umgekehrt lassen sich Schwächen von Bürgerenergie-Initiativen wie fehlendes Erfahrungswissen durch die Einbindung regionaler Intermediäre (wie die Zukunftsagentur Rheinisches Revier) oder durch Qualifizierungsangebote abfedern und so mit bestehenden Chancen verknüpfen. Stadtwerke und regionale Netzwerke als professionelle Ermöglicher mit resilienten Geschäftsmodellen, klaren Zuständigkeiten und proaktiver Kommunikation helfen bei der Aktivierung von Bürgerenergie – sie profitieren aber auch selbst davon (Wagner et al. 2021; Schmid-Petri und Elschner 2024).

(4) Regulatorische Passung erhöhen: EU-Kategorien der *Energy Communities* müssen stärker praxistauglich zugeschnitten werden, damit aus den abstrakten Regelungen auch ein konkreter Mehrwert folgt – niedrige Zugangshürden und soziale Motive müssen dabei stärker Berücksichtigung finden (Haji Bashi et al. 2023). Besonders auf kommunaler und Kreis-Ebene sehen sich Politik und Verwaltung ohnehin mit mannigfaltigen Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert; die Förderung von Bürgerenergie und Energiewende-Teilhabe hat zwangsläufig nicht immer Priorität. Statt hochkomplexer Mehrebenenregulatorik braucht es *Faustregeln*, die Akteuren in Politik und Verwaltung konkrete Orientierung in Entscheidungs- und Planungssituationen bieten.

(5) Sozialinnovationen ermöglichen: Bürgerenergie-Projekte sollten nicht nur als Stromproduzenten mit positiver

Resilienzwirkung angesichts zeitgenössischer Energiekrisen, sondern gleichsam als Akteure regionaler Identität und Teilhabe sichtbar gemacht werden. Ressourcen für Intermediation, Prozess-Legitimation und langfristige Lernräume im Quartier und im ländlichen Raum müssen stärker bereitgestellt werden (Martens et al. 2021). Bund und Länder sind aufgefordert, die Kreise, Kommunen und Städte stärker zu unterstützen.

Die Analysen zeigen, dass Bürgerenergie in den alten Kohleregionen weder ein Selbstläufer noch ein Randthema ist. Im Rheinischen Revier und in der Lausitz treffen hohe Wertschöpfungspotenziale, positive Einstellungen zur Energiewende und regionale Identitätsfragen auf begrenzte Ressourcen, regulatorische Komplexität und teils fragile Unterstützungsstrukturen. Energiegenossenschaften können unter diesen Bedingungen besonders dann zur demokratischen Energiewende beitragen, wenn sie lokale Nutzenflüsse sichtbar machen, Beteiligung niedrigschwellig organisieren und mit Kommunen, Stadtwerken, Wirtschaftsförderung und regionalen Netzwerken kooperieren. Damit Bürgerenergie ihre strukturstärkende Wirkung entfalten kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, praxistaugliche Förderinstrumente, professionelle Intermediäre und eine Kommunikation, die Bürgerenergie nicht nur als Stromproduktion, sondern als Teilhabe-, Wertschöpfungs- und Vertrauensinfrastruktur im Strukturwandel vermittelt und breiten Teilen der Bevölkerung bekannt macht. Die Stärkung der Bürgerenergie ist damit zugleich eine energiepolitische, regionalökonomische und demokratische Aufgabe.

LITERATUR

AEE. 2025. Eigentümerstruktur der Erneuerbaren Energien. https://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/grafiken/eigentuemerstruktur-erneuerbare-energien. Zugegriffen 06.10.2025.

Baasch, Stefanie, und Judith Maschke. 2025. Participatory Governance in Decentralized Energy Transition: Long-Term Findings from a Municipal Case Study in Germany. Journal of Environmental Policy & Planning 27 (3): 244–59. https://doi.org/10.1080/1523908X.2025.2464139. Zugegriffen 04.08.2026.

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. 2025. Novelle schafft mehr Planungssicherheit und setzt EU-Vorgaben weitgehend um. https://www.bdew.de/presse/novelle-schafft-mehr-planungssicherheit-und-setzt-eu-vorgaben-weitgehend-um/ Zugegriffen 21.07.2026.

Becker, Sören. 2021. Kohleförderung und -nutzung in Deutschland: Ausstieg aus dem Brennstoff der Industrialisierung. In Energiegeographie, Hrsg. Sören Becker, Britta Klagge, und Matthias Naumann, 147–160. utb-Titel ohne Reihe, Band-Nr. 5320. Stuttgart: Ulmer.

Bergische Universität Wuppertal, Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF). 2025. Planungszelle. https://idpf.uni-wuppertal.de/de/das-institut/arbeitsmethoden/planungszelle/. Zugegriffen 05.08.2026.

Bundes-SGK. 2025. Bundestag ändert Energiewirtschaftsrecht. Entscheidungen für Energiewende. https://www.bundes-sgk.de/artikel/bundestag-aendert-energiewirtschaftsrecht Zugegriffen 21.07.2026.

van Bommel, Natascha, und Johanna I. Höffken. 2021. Energy justice within, between and beyond European community energy initiatives: A review. Energy Research & Social Science 79: 102157. https://doi.org/10.1016/j.erss.2021.102157. Zugegriffen 04.08.2026.

BUND. 2017. Konzept für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Positionen 66. https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/konzept-fuer-eine-zukunftsfaehige-energieversorgung/ Zugegriffen 04.08.2026.

Bundesministerium des Innern / Bundesverwaltungsamt. 2025. SWOT Analyse. Organisationshandbuch. https://www.orghandbuch.de/Webs/OHB/DE/Organisationshandbuch-NEU/4_MethodenUndTechniken/Methoden_A_bis_Z/SWOT_Analyse/swot_analyse_node.html. Zugegriffen 28.08.2025.

Bundesnetzagentur. 2024. Marktstammdatenregister (MaStR). https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR/Datendownload. Zugegriffen 10.10.2024.

Bundesnetzagentur. 2026. Mitteilung Nr. 73 zur Umsetzung des Beschlusses GPKE, Aktenzeichen BK6-06-009, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/BK06/BK6_81_GPKE_GeLi/Mitteilung_Nr_73/MitteilungNr73.html?nn=875496. Zugegriffen 03.08.2026.

Bündnis Bürgerenergie (BBEn). 2026. EEG 2027 und Netzanschlusspaket: Bürgerenergie bleibt ausgebremst. https://www.buendnis-buergerenergie.de/presse/eeg-2027-und-netzanschlusspaket-buergerenergie-bleibt-ausgebremst. Zugegriffen 03.08.2026.

Bürgerrat Gemeinsam Energien gestalten. 2026. Gemeinsam Energien gestalten – Bürgerinnen und Bürger entwickeln Maßnahmen für die bundesweite Energieforschung. Bürgergutachten 2026. Hrsg. Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF). https://idpf.uni-wuppertal.de/fileadmin/idpf/Bürgergutachten_Bürgerrat_Gemeinsam-Energien-gestalten.pdf. Zugegriffen 21.07.2026.

Bürgerwerke eG. 2026. EEG und Netzpaket liegen vor. Und nun, Bürgerenergie? https://buergerwerke.de/magazin/eintauchen/was-eeg-und-netzpaket-fuer-die-energiewende-bedeuten. Zugegriffen 03.08.2026.

Dahlbeck, Elke, Stefan Gärtner, Benjamin Best, Jenny Kurwan, Timon Wehnert, und Jannis Beutel. 2021. Analyse des historischen Strukturwandels im Ruhrgebiet (Fallstudie). Herausgegeben vom Umweltbundesamt. Climate Change 29/2021. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/analyse-des-historischen-strukturwandels-im-0. Zugegriffen 04.08.2026.

Deutscher Bundesrat. 2025. Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages. Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 14.11.2025. BR-Drucksache 665/25. https://dserver.bundestag.de/brd/2025/0665-25.pdf Zugegriffen 21.07.2026.

Deutscher Bundestag. 2025. Bundesrat bittet um Nachbesserungen bei Energy Sharing. hib 495/2025. https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1114012 Zugegriffen 16.07.2026.

Deutscher Bundestag. 2025. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 08.09.2025. BT-Drucksache 21/1497. https://dserver.bundestag.de/btd/21/014/2101497.pdf Zugegriffen 16.07.2026.

Deutscher Bundestag. 2025. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften – Drucksache 21/1497 – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung vom 08.10.2025. BT-Drucksache 21/2076. https://dserver.bundestag.de/btd/21/020/2102076.pdf Zugegriffen 21.07.2026.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. 2025a. DGRV-Jahresumfrage Energiegenossenschaften. https://www.dgrv.de/news/dgrv-jahresumfrage-energiegenossenschaften-2025/. Zugegriffen 08.10.2025.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften. 2025b. Stellungnahme der Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften beim DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften sowie zur rechtsförmlichen Bereinigung des Energiewirtschaftsrechts vom 10. Juli 2025 https://www.dgrv.de/wp-content/uploads/2025/07/20250718_Stellungnahme_Referentenentwurf_EnWG_DGRV.pdf. Zugegriffen 03.08.2026.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. 2025c. Monitoringbericht zur Energiewende. Neuausrichtung der Energiepolitik angekündigt. https://www.dgrv.de/news/monitoringbericht-zur-energiewende/. Zugegriffen 20.10.2025.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. 2026a. Genossenschaftsverbände kritisieren EEG-Novelle und Netzanschlusspaket. Akteursvielfalt und Finanzierung erneuerbarer Energien dürfen nicht gefährdet werden. https://www.dgrv.de/news/genossenschaftsverbaende-kritisieren-eeg-novelle-und-netzanschlusspaket/ Zugegriffen 03.08.2026.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. 2026b. Regierungsentwurf zur GenG-Novelle 2026. Kabinett hat den Entwurf zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes auf den Weg gebracht. https://www.dgrv.de/news/regierungsentwurf-zur-geng-novelle-2026/ Zugegriffen 03.08.2026.

Engerer, Hella. 2014. Energiegenossenschaften in der Energiewende. Research Report 30. DIW Roundup: Politik im Fokus. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.470187.de/diw_roundup_30_de.pdf Zugegriffen 04.08.2026.

EWI und BET. 2025. Energiewende. Effizient. Machen. - Monitoringbericht zum Start der 21. Legislaturperiode, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/energiewende-effizient-machen.html. Zugegriffen 14.07.2026.

Gährs, Swantje, Lars Holstenkamp, und Hannes Bluhm. 2024. Energiegemeinschaften als Säule des klimaneutralen Energiesystems etablieren. SteuerBoard Energie – Policy Brief. https://www.ioew.de/publikation/energiegemeinschaften_als_saeule_des_klimaneutralen_energiesystems_etablieren. Zugegriffen 04.08.2026.

Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V. 2023. Stellungnahme zum Entwurf des Bürgerenergiegesetzes (BürgEnG), 18/960. (2023, 23. Oktober). https://www.genoverband.de/site/assets/files/74552/genossenschaftsverband_stellungnahme_buergeng.pdf. Zugegriffen 04.08.2026.

Genoverband. 2025. Ein erster Blick in den Koalitionsvertrag - Perspektive Energie. https://www.genoverband.de/newsroom/politische-news/koalitionsvertrag-der-neuen-bundesregierung-was-steckt-drin-fuer-die-genossenschaften/ Zugegriffen 04.08.2026.

Haji Bashi, Mazaher, Luciano De Tommasi, Andreea Le Cam, Lorena Sánchez Relaño, Padraig Lyons, Joana Mundó, Ivanka Pandelieva-Dimova, Henrik Schapp, Karolina Loth-Babut, Christiane Egger, Marcel Camps, Brian Cassidy, Georgi Angelov, Charlotte Eloise Stancioff. 2023. A Review and Mapping Exercise of Energy Community Regulatory Challenges in European Member States Based on a Survey of Collective Energy Actors. Renewable and Sustainable Energy Reviews 172 (Februar): 113055. https://doi.org/10.1016/j.rser.2022.113055. Zugegriffen 04.08.2026.

Herberg, Jeremias, Jan-Hendrik Kamlage, Julia Gabler, Ute Goerke, Konrad Gürtler, Tobias Haas, David Löw Beer, Victoria Luh, Sonja Knobbe, Julia Reinermann, Johannes Staemmler, Sandra Venghaus. 2020. Partizipative Governance und nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier. Herausgegeben von Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung / Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS). Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS): 40 pages. https://doi.org/10.2312/IASS.2020.037. Zugegriffen 04.08.2026.

Herreras Martínez, Sara, Justus Mesman, Daniel Møller Sneum, Lars Holstenkamp, Robert Harmsen, Marijke Menkveld, Sanne Akerboom, und André Faaij. 2025. From consumers to pioneers: insights from thermal energy communities in Denmark, Germany and the Netherlands. Energy, Sustainability and Society 15. BioMed Central: 1–31. https://doi.org/10.1186/s13705-024-00499-4. Zugegriffen 04.08.2026.

Hirschl, Bernd, Katharina Heinbach, Steven Salecki, Annika Bode, Bruna Leuner, Janis Bergmann, und Jan Wiesenthal. 2022. Energiewende in der Lausitz - regionalökonomische Effekte relevanter Technologien: Szenarien zur Entwicklung erneuerbarer Energien und energetischer Gebäudesanierung sowie Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte durch regionale Beteiligung. Schriftenreihe des IÖW 223/22. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2022/IOEW_SR_223_Energiewende_in_der_Lausitz_-_regionaloekonomische_Effekte_relevanter_Technologien.pdf. Zugegriffen 04.08.2026.

Hoicka, Christina E., Jens Lowitzsch, Marie Claire Brisbois, Ankit Kumar, und Luis Ramirez Camargo. 2021. Implementing a just renewable energy transition: Policy advice for transposing the new European rules for renewable energy communities. Energy Policy 156: 112435. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2021.112435. Zugegriffen 04.08.2026.

Holstenkamp, Lars. 2018. Einleitende Anmerkungen zum Ländervergleich: Definition von Bürgerenergie, Länderauswahl und Überblick über Fördermechanismen. In Handbuch Energiewende und Partizipation, Hrsg. Lars Holstenkamp und Jörg Radtke, 897–917. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09416-4_53. Zugegriffen 04.08.2026.

Holstenkamp, Lars, Salina Centgraf, Daniel Dorniok, Franziska Kahla, Torsten Masson, Jakob Müller, Jörg Radtke, und Özgür Yildiz. 2018. Bürgerenergiegesellschaften in Deutschland. In Handbuch Energiewende und Partizipation, Hrsg. Lars Holstenkamp und Jörg Radtke, 897–917. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-09416-4?page=3#toc. Zugegriffen 04.08.2026.

Holstenkamp, Lars. 2021. Community Energy in Germany: From Technology Pioneers to Professionalisation under Uncertainty. In Renewable Energy Communities and the Low Carbon Energy Transition in Europe, Hrsg. Frans H. J. M. Coenen und Thomas Hoppe, 119–152. Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-84440-0_6. Zugegriffen 04.08.2026.

items GmbH & Co. KG. 2026. Update zum Energy Sharing: Kurswechsel mit Signalwirkung. Die Bundesnetzagentur setzt auf das Lieferantenmodell. https://itemsnet.de/items-blogging/update-zum-energy-sharing-kurswechsel-mit-signalwirkung-die-bundesnetzagentur-setzt-auf-das-lieferantenmodell/ Zugegriffen 03.08.2026.

Kahla, Franziska, Lars Holstenkamp, Jakob R. Müller, und Heinrich Degenhart. 2017. Entwicklung und Stand von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften in Deutschland. Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht Nr. 27. https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/wpbl27_BEG-Stand_Entwicklungen.pdf. Zugegriffen 04.08.2026.

Kropp, Per, und Holger Seibert. 2022. Der Kohleausstieg und seine potenziellen Folgen für die regionale Beschäftigungsstruktur: Ein Blick in die Reviere. In Soziale Nachhaltigkeit in der Region, Hrsg. Nils Goldschmidt und Marco Rehm, 33–56. De Gruyter. https://doi.org/10.1515/9783110701678-003. Zugegriffen 04.08.2026.

Krug, Michael, Maria Rosaria Di Nucci, Matteo Caldera, und Elena De Luca. 2022. Mainstreaming Community Energy: Is the Renewable Energy Directive a Driver for Renewable Energy Communities in Germany and Italy? Sustainability 14. Multidisciplinary Digital Publishing Institute: 7181. https://doi.org/10.3390/su14127181. Zugegriffen 04.08.2026.

Leiren, Merethe Dotterud, und Inken Reimer. 2018. Historical institutionalist perspective on the shift from feed-in tariffs towards auctioning in German renewable energy policy. Energy Research & Social Science 43. Sustainable energy transformations in an age of populism, post-truth politics, and local resistance: 33–40. https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.05.022. Zugegriffen 04.08.2026.

Lode, M. L., G. te Boveldt, T. Coosemans, und L. Ramirez Camargo. 2022. A transition perspective on Energy Communities: A systematic literature review and research agenda. Renewable and Sustainable Energy Reviews 163: 112479. https://doi.org/10.1016/j.rser.2022.112479. Zugegriffen 04.08.2026.

Manske, David, Reinhold Lehneis, und Daniela Thrän. 2025. The Landscape of the Renewable Electricity Supply - Municipal Contributions to Germany's Energy Transition. Renewable Energy 240 (Februar): 122172. https://doi.org/10.1016/j.renene.2024.122172. Zugegriffen 04.08.2026.

Martens, Katrin, Anke Wolff, und Markus Hanisch. 2021. Understanding Social Innovation Processes in Rural Areas: Empirical Evidence from Social Enterprises in Germany. Social Enterprise Journal 17 (2): 220–39. https://doi.org/10.1108/SEJ-12-2019-0093. Zugegriffen 04.08.2026.

Marx, Alan, Brigitte Geissel, und Detlef Sack. 2026. Trajectories of democratic innovations in Germany – citizens' opportunities on the move. European Political Science 25. https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/0BDE1A950B45D8EB8E4FBA25217C5545/S168209832610023Xa.pdf/trajectories-of-democratic-innovations-in-germany-citizens-opportunities-on-the-move.pdf. Zugegriffen: 05.08.2026.

Mu, Rui, Yan Li, und Tie Cui. 2022. Policy narrative, policy understanding and policy support intention: A survey experiment on energy conservation. Policy Studies 43(6): 1361–1381. https://doi.org/10.1080/01442872.2021.1954609. Zugegriffen: 02.09.2026.

naturstrom AG. 2026a. Kritik an EEG 2027 und Netzpaket. Bürgerenergie kommt unter die Räder. https://www.energiezukunft.eu/buergerenergie/buergerenergie-kommt-unter-die-raeder Zugegriffen 03.08.2026.

naturstrom AG 2026b. Freibrief für Verteilnetzbetreiber. Energy Sharing auf verlorenem Posten. https://www.energiezukunft.eu/buergerenergie/energy-sharing-auf-verlorenem-posten Zugegriffen 03.08.2026.

Pfeiffer, Maria. 2025. Power, Property, and Participation: Rethinking the Role of Municipalities in German Wind Energy Development. Preprint, SSRN. https://doi.org/10.2139/ssrn.5261107. Zugegriffen 04.08.2026.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2026. Im Kabinett beschlossen. Energiepolitik: Planbar, effizient und sicher. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-eeg-novelle-netzpaket-strom-2448636 Zugegriffen 03.08.2026.

Radtke, Jörg, und Martin David. 2024. How Germany is phasing out lignite: insights from the Coal Commission and local communities. Energy, Sustainability and Society 14. BioMed Central: 1–18. https://doi.org/10.1186/s13705-023-00434-z. Zugegriffen 04.08.2026.
Radtke, Jörg, und David Löw Beer. 2024. Legitimizing sustainability transitions through stakeholder participation: Evaluating the Coal Commission in Germany. Energy Research & Social Science 116: 103667. https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103667. Zugegriffen 04.08.2026.
Roe, Emery. 1994. Narrative Policy Analysis: Theory and Practice. Durham: Duke University Press. https://read.dukeupress.edu/books/book/592/Narrative-Policy-AnalysisTheory-and-Practice. Zugegriffen: 02.09.2026.
Scheer, Nina. 2025. Nina Scheer: Deutliche systemische Erleichterungen zur Energiewende im Parlamentarischen Verfahren erreicht. https://www.nina-scheer.de/2025/11/14/nina-scheer-deutliche-systemische-erleichterungen-zur-energiewende-im-parlamentarischen-verfahren-erreicht/ Zugegriffen 21.07.2026.
Schmid-Petri, Hannah, und Sophie G. Elschner. 2024. Transitionalists, Traditionalists or Pioneers? How German Municipal Energy Companies Are Responding to the National Energy Transition. Energy Research & Social Science 109 (März): 103431. https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103431. Zugegriffen 04.08.2026.
Shanahan, Elizabeth A., Michael D. Jones, und Mark K. McBeth. 2018. How to conduct a Narrative Policy Framework study. The Social Science Journal 55(3): 332–345. https://doi.org/10.1016/j.soscij.2017.12.002. Zugegriffen: 02.09.2026.
Tosun, Jale, und Simon Schaub. 2021. Constructing policy narratives for transnational mobilization: Insights from European Citizens' Initiatives. European Policy Analysis 7(S2): 344–364. https://doi.org/10.1002/epa2.1125. Zugegriffen: 02.09.2026.
Wagner, Oliver, Kurt Berlo, Christian Herr, und Michael Companie. 2021. Success Factors for the Foundation of Municipal Utilities in Germany. Energies 14 (4): 981. https://doi.org/10.3390/en14040981. Zugegriffen 04.08.2026.
Warbroek, Beau. 2021. Support Structures for Renewable Energy Communities. In Renewable Energy Communities and the Low Carbon Energy Transition in Europe, Hrsg. Frans H. J. M. Coenen und Thomas Hoppe, 153–178. Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-84440-0_7. Zugegriffen 04.08.2026.
Wittig, Kristina. 2024. Bürgerenergie Sachsen (interaktive Karte). Karte hergestellt mit OpenStreetMap Daten und zusammengestellt mit uMap. Lizenz: No licence set. Bürgerenergie Sachsen. https://www.buergerenergie-sachsen.de. Zugegriffen: 08.10.2025.
Wollny, Volrad, und Herbert Paul. 2015. Die SWOT-Analyse: Herausforderungen der Nutzung in den Sozialwissenschaften. In Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung, Hrsg. Marlen Niederberger und Sandra Wassermann, 189–213. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01687-6_10. Zugegriffen 04.08.2026.
Yildiz, Özgür, Boris Gotchev, Lars Holstenkamp, Jakob R. Müller, Jörg Radtke, und Laura Welle. 2019. Consumer (Co-)Ownership in Renewables in Germany. In Energy Transition: Financing Consumer Co-Ownership in Renewables, Hrsg. Jens Lowitzsch, 271–293. Cham: Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-3-319-93518-8_13. Zugegriffen 04.08.2026.